

**Aufsichtsrat:** Vors. Bankier Karl Schott, Rentner Adolph Gerhard, Strassburg; Rentier Lorenz Schneider, Königshofen; Privatier Jean Dietz, Barr.

**Zahlstellen:** Ges.-Kasse; Strassburg: Strassburger Bank, Ch. Staehling, L. Valentin & Co.

## Lederfabrik Aktiengesellschaft

**vormals James Eyck & Strasser Commanditgesellschaft in Berlin.**

N. 20, Drontheimerstrasse 32/34. **(In Konkurs.)**

**Konkursverwalter:** Karl Lehmburg, Berlin, Alt-Moabit 106.

**Gegründet:** 25./2., mit Nachtrag v. 20./5. 1898; eingetr. 6./6. 1898. Übernahmepreis der früheren Firma James Eyck & Strasser samt den Immobil. Berlin, Drontheimerstr. 15a/16, Gerbereiutensil., Waren, Aussenständen etc. zus. M. 2 100 371 abz. M. 923 907 Schulden, also für M. 1 025 026. Ende 1907 hat die Akt.-Ges. ihre im Erzgebirge gelegenen Handschuhfabriken in eine Ges. m. b. H. mit einem Kapital von M. 250 000 unter der Firma Vereinigte Handschuhfabriken G. m. b. H., Johannegeorgenstadt, umgewandelt. Anfang 1908 wurde die Glacéhandschuhfabrik L. Cohn, Johannegeorgenstadt (Sächs. Erzgebirge), einer der bedeutenden Abnehmer der Ges., in eine Ges. m. b. H. mit einem Stammkapital von M. 1 075 000 umgewandelt. An dieser Gründung hat sich die Berl. Ges. mit M. 216 000 beteiligt u. eingezahlt. Ferner wurden mit dem Vorbesitzer dieser Ges. m. b. H. M. 100 000 Anteile der Handschuhfabrik der Ges. gegen M. 100 000 Anteile der Cohnschen Fabrik getauscht und die gleiche Leitung wie für die Cohnsche eingesetzt. — Am 3. Juni 1909 wurde über das Vermögen der Berliner Ges. der Konkurs eröffnet. Näheres hierüber siehe Jahrg. 1909/11 dieses Buches. Auch die Handschuhfabriken in Johannegeorgenstadt meldeten Konkurs an.

Bei dem Amtsgericht Berlin-Wedding fand am 3./9. 1909 Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen statt. Von grösseren Forderungen wurden u. a. anerkannt: Berliner Handels-Ges. mit M. 1 737 937 (urspr. Forder. M. 3 122 810, Anmeldung infolge Übernahme des Pfandlagers auf M. 2 063 247 reduziert), Nationalbank f. Deutschl. auf die mit M. 304 396 angemeldete Summe mit M. 251 533. Die Forder. der Firma L. S. Rothschild von M. 200 883 wurde bestritten, ebenso die von einzelnen Mitgliedern des A.-R. angemeldeten Tantiemen-Ansprüche, die zum Teil sich auf die volle Amtsdauer (bis 1913) erstreckt haben. Wie der Konkursverwalter im Januar 1911 mitteilte, belaufen sich die anerkannten Forder. auf M. 3 612 000, denen nach Abzug der anerkannten Vorrechtsforder., Kosten etc. eine Masse von M. 933 469 gegenübersteht, sodass die auf die vorrechtslosen Forder. zu erwartende Quote 25.84% beträgt. Die Quote würde eine entsprechende Erhöhung erfahren, falls die gegen die frühere Verwaltung in erheblichem Umfange geltend gemachten Regressansprüche von den Gerichten ganz oder teilweise anerkannt werden. Von der Konkursmasse sind ca. M. 500 000 bei der Berliner Handels-Ges. eine weitere Summe von ca. M. 150 000, die noch strittig ist, bei der Deutschen Bank deponiert. Von den Forderungen in Amerika seien grössere Beträge eingegangen; wie der weitere Eingang sich gestalten werde, lasse sich nicht absehen. Die Grundstücke der Ges. wurden am 19./9. 1910 versteigert (s. unten).

In der Regressklage der Berliner Handels-Ges. u. des Konkursverwalters Lehmburg gegen den früheren Vorstand u. A.-R. der Ges. hat die erstere im Dez. 1910 die Klage zurückgezogen und erklärt, keine Schadensersatzansprüche mehr zu stellen. Der Konkursverwalter hat gegen das Urteil des Landgerichts Berufung beim Kammergericht eingelegt. Das erwähnte Urteil des Landgerichts ging dahin, dass nur der Anspruch auf Ersatz der angeblich zu Unrecht ausgezahlten Div. der J. 1906 u. 1907 im Streit verbliebe, während die darüber hinausgehende Klage auf Erstattung des den Gläubigern, insbes. auch den Obligationären erwachsenen Schadens, der vom Konkursverwalter auf ca. M. 2 000 000 beziffert wurde, durch Teilurteil abgewiesen worden war. Gegen dieses abweisende Teilurteil der ersten Instanz hatten Konkursverwalter u. Berliner Handels-Ges. Berufung eingelegt, die aber von letzterer zurückgezogen worden ist. Die zweite Instanz hat im Mai 1911 in einem Zwischenurteil entschieden, dass die Entlastungsbeschlüsse nicht nur der letzten G.-V., sondern aller seit 1906 stattgehabten m. Rücksicht darauf, dass die Bilanzen seit dieser Zeit völlig inkorrekt waren, als null u. nichtig anzusehen seien. Nach diesem Urteil erhielten die erhobenen Regressansprüche eine reale Unterlage, u. es ist unter diesen Umständen nicht unwahrscheinlich dass es zu Vergleichen kommt, die mit einigen Verwalt.-Mitgliedern auch 1912 abgeschlossen wurden. Die nicht bevorrechtigten Gläubiger erhielten bisher in I. u. II. Abschlagsverteil. 10% u. 5%. Je nach Ausgang der schwebenden Prozesse dürften noch 5—10% in der Masse liegen. Die Obligationäre haben 48% ihrer Forderung erhalten (siehe bei Anleihe).

**Kapital:** M. 2 000 000 in 2000 Aktien à M. 1000. Urspr. M. 1 250 000, erhöht zwecks Abstossung der Bankierschuld lt. G.-V. v. 8./3. 1900 um M. 500 000 in 500 ab 1./1. 1900 div.-ber. Aktien, übernommen von der Breslauer Disconto-Bank in Berlin zu 120%, angeboten den Aktionären zu 125%. Zur Tilg. von Bankschulden u. zur Stärkung der Betriebsmittel beschloss die G.-V. v. 27./4. 1905 fernere Erhöhung des A.-K. um M. 250 000 (auf M. 2 000 000) in 250 ab 1./1. 1905 div.-ber. Aktien, übernommen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre von L. S. Rothschild in Berlin zu pari. Dieselbe hatte dafür sämtl. Em.-Kosten, Stempel, auch die der Einführ. der neuen Aktien an der Berliner Börse zu tragen. Die G.-V. v. 26./27. Mai 1909 beschloss Herabsetzung um M. 1 600 000. Das A.-K. ist verloren.

**Hypoth.-Anleihe:** M. 1 000 000 in 4½% Teilschuldverschreib., rückzahlb. zu 105%, aufgenommen 1905 beim Bankhaus L. S. Rothschild in Berlin zu pari zwecks Tilg. der Bankschulden.